

Grundordnung der Fachhochschule Weihenstephan

Vom 18. April 2007

Aufgrund des Art. 13 Abs. 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245) und des Art. 18 Abs. 4 Satz 1 des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes (BayHSchPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 230) erlässt die Fachhochschule Weihenstephan folgende Grundordnung:

Inhaltsübersicht

I. Abschnitt: Hochschulleitung und Erweiterte Hochschulleitung

1. Kapitel: Hochschulleitung

- § 1 Zusammensetzung, Amtszeiten, Wiederwahl
- § 2 Vertretung des Präsidenten oder der Präsidentin und Geschäftsbereiche
- § 3 Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt
- § 4 Berichte, Nachweise, Stellungnahmen

2. Kapitel: Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin und der Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen

- § 5 Wahlorgan, Wahlleiter oder Wahlleiterin
- § 6 Öffentliche Ausschreibung
- § 7 Wahlvorschläge
- § 8 Wahltag und Vorstellung der Kandidaten und Kandidatinnen
- § 9 Durchführung der Wahl
- § 10 Wahlergebnis
- § 11 Wahlprotokoll
- § 12 Wahlprüfung
- § 13 Wahl der Vizepräsidenten und der Vizepräsidentinnen
- § 14 Abwahl der gewählten Mitglieder der Hochschulleitung

3. Kapitel: Erweiterte Hochschulleitung

- § 15 Zusammensetzung der Erweiterten Hochschulleitung

II. Abschnitt: Senat und Hochschulrat

1. Kapitel: Senat

- § 16 Zusammensetzung des Senats
- § 17 Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Senats
- § 18 Ausschüsse des Senats

2. Kapitel: Hochschulrat

- § 19 Zusammensetzung des Hochschulrats und Amtszeiten
- § 20 Wahl des oder der Vorsitzenden des Hochschulrats

III. Abschnitt: Fakultäten

1. Kapitel: Dekan oder Dekanin und Prodekan oder Prodekanin

- § 21 Amtszeiten
- § 22 Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt
- § 23 Wahlleiter oder Wahlleiterin für die Wahl des Dekans oder der Dekanin
- § 24 Wahltag und Wahlvorschläge
- § 25 Durchführung der Wahl
- § 26 Wahlergebnis
- § 27 Wahlprotokoll und Wahlprüfung
- § 28 Wahl des Prodekans oder der Prodekanin
- § 29 Abberufung von Dekan oder Dekanin und Prodekan oder Prodekanin

2. Kapitel: Studiendekan oder Studiendekanin

- § 30 Amtszeit und Wahlverfahren

3. Kapitel: Fakultätsräte

- § 31 Zusammensetzung der Fakultätsräte und weitere Rechte der Professoren und Professorinnen der Fakultäten
- § 32 Ausschüsse der Fakultätsräte

IV. Abschnitt: Zentrale Einrichtungen

- § 33 Zentrale Einrichtungen

V. Abschnitt: Frauenbeauftragte der Hochschule und der Fakultäten

1. Kapitel: Frauenbeauftragte der Hochschule

- § 34 Aufgaben und Mitwirkungsrechte
- § 35 Amtszeit und Wahlverfahren
- § 36 Stellvertretender Frauenbeauftragter und stellvertretende Frauenbeauftragte

2. Kapitel: Frauenbeauftragten der Fakultäten

- § 37 Aufgaben und Mitwirkungsrechte
- § 38 Amtszeit und Wahlverfahren

VI. Abschnitt: Weitere Funktionsträger und Kommissionen

1. Kapitel: Beauftragter oder Beauftragte für Studierende mit Behinderung

§ 39 Aufgaben und Mitwirkungsrechte

§ 40 Amtszeit und Bestellung

2. Kapitel: Studiengangleiter und Studiengangleiterin sowie Projektleiter und Projektleiterin

§ 41 Studiengangleiter oder Studiengangleiterin

§ 42 Projektleiter oder Projektleiterin

3. Kapitel: Kommissionen

§ 43 Einrichtung und Aufgaben

VII. Abschnitt: Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal sowie nebenberuflich wissenschaftlich und künstlerisch Tätige

1. Kapitel: Professoren und Professorinnen

§ 44 Einleitung des Berufungsverfahrens und Stellenausschreibungen

§ 45 Berufungsausschuss

§ 46 Aufstellung des Berufungsvorschlages

§ 47 Probelehrveranstaltungen

§ 48 Fachgutachten

§ 49 Sondervoten

§ 50 Honorarprofessoren und Honorarprofessorinnen

2. Kapitel: Lehrkräfte für besondere Aufgaben

§ 51 Lehrkräfte für besondere Aufgaben

3. Kapitel: Nebenberuflich wissenschaftlich und künstlerisch Tätige

§ 52 Lehrbeauftragte, sonstige nebenberuflich Tätige

VIII. Abschnitt: Studierendenvertreter und Studierendenvertreterinnen und Studierendenvertretung

1. Kapitel: Studentischer Konvent

§ 53 Zusammensetzung und Aufgaben

§ 54 Wahl des oder der Vorsitzenden und des Stellvertreters oder der Stellvertreterin

§ 55 Einberufung

2. Kapitel: Fachschaftenrat

§ 56 Zusammensetzung und Aufgaben

3. Kapitel: Sprecher- und Sprecherinnenrat

§ 57 Zusammensetzung und Aufgaben

§ 58 Wahl der Mitglieder

§ 59 Wahl des oder der Vorsitzenden und des Stellvertreters oder der Stellvertreterin

§ 60 Einberufung

4. Kapitel: Fachschaftsvertretung

§ 61 Zusammensetzung und Aufgaben

§ 62 Fachschaftssprecher oder Fachschaftssprecherin und Stellvertreter oder Stellvertreterin

§ 63 Einberufung

IX. Abschnitt: Gemeinsame Vorschriften über den Geschäftsgang in den Kollegialorganen und sonstigen Gremien

§ 64 Geltungsbereich

§ 65 Ladung und Ladungsfristen

§ 66 Beschlussfähigkeit

§ 67 Zustandekommen von Beschlüssen

§ 68 Öffentlichkeit

§ 69 Geheime Abstimmung

§ 70 Stimmrechtsübertragung

§ 71 Geschäftsordnung

X. Abschnitt: Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 72 Änderung der Grundordnung

§ 73 Übergangsbestimmungen

§ 74 Bezeichnung der Hochschule

§ 75 Ehrensator oder Ehrensatorin

§ 76 Inkrafttreten

**I. Abschnitt:
Hochschulleitung und Erweiterte Hochschulleitung**

**1. Kapitel:
Hochschulleitung**

**§ 1
Zusammensetzung, Amtszeiten, Wiederwahl**

- (1) ¹Die Hochschule wird von der Hochschulleitung (Präsidium) geleitet. ²Die Hochschulleitung besteht aus dem Vorsitzenden (Präsident) oder der Vorsitzenden (Präsidentin), drei weiteren gewählten Mitgliedern (Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen) sowie dem Kanzler oder der Kanzlerin.
- (2) Die Amtszeit des Präsidenten oder der Präsidentin umfasst acht Semester, die der Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen sechs Semester jeweils einschließlich des Semesters, in dem die Bestellung wirksam wird.
- (3) ¹Eine Wiederwahl des Präsidenten oder der Präsidentin ist bis zu einer Amtszeit von insgesamt zwölf Jahren zulässig. ²Eine Wiederwahl der Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen ist ohne eine Begrenzung der Amtszeiten insgesamt zulässig.
- (4) Ein Mitglied der Hochschulleitung mit Ausnahme des Kanzlers oder der Kanzlerin soll aus der Abteilung Triesdorf stammen.

**§ 2
Vertretung des Präsidenten oder der Präsidentin und Geschäftsbereiche**

¹Der Präsident oder die Präsidentin bestimmt im Benehmen mit den weiteren Mitgliedern der Hochschulleitung einen der Vizepräsidenten oder eine der Vizepräsidentinnen zu seinem ständigen Vertreter oder zu seiner ständigen Vertreterin sowie die Vertretung der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen untereinander. ²Im Falle der Verhinderung aller Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen wird der Präsident oder die Präsidentin durch den Kanzler oder die Kanzlerin vertreten. ³Soweit nicht die Zuständigkeit der Hochschulleitung gemäß Art. 20 BayHSchG gegeben ist, legt der Präsident oder die Präsidentin im Benehmen mit den weiteren Mitgliedern der Hochschulleitung bestimmte Geschäftsbereiche für die Mitglieder fest.

**§ 3
Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt**

- (1) Scheidet der Präsident oder die Präsidentin aus wichtigem Grund vorzeitig aus dem Amt aus, finden in diesem Fall unverzüglich Neuwahlen zur Bestellung eines neuen Präsidenten oder einer neuen Präsidentin statt.
- (2) Scheidet ein Vizepräsident oder eine Vizepräsidentin aus wichtigem Grund vorzeitig aus seinem Amt aus, so ist unverzüglich für den Rest der Amtszeit ein neuer Vizepräsident oder eine neue Vizepräsidentin zu wählen.

- (3) Die Neuwahlen finden nicht während der vorlesungsfreien Zeiten statt.

§ 4

Berichte, Nachweise, Stellungnahmen

¹Die Hochschulleitung kann von allen Organen und Gremien der Hochschule Berichte, Nachweise und Stellungnahmen einholen, die die Arbeit und den Aufgabenbereich dieser Gremien betreffen. ²Dies gilt insbesondere auch für die Vorlage von Unterlagen, die der Vorbereitung der Entscheidungen über die Verteilung von Stellen und Mitteln auf die Fakultäten dienen sowie für Unterlagen und Berichte zu den Entwicklungsplanungen in den Fakultäten.

2. Kapitel:

Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin und der Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen

§ 5

Wahlorgan, Wahlleiter oder Wahlleiterin

- (1) Der Hochschulrat wählt den Präsidenten oder die Präsidentin und die Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen in eigens nur für diese Wahlen anberaumten Sitzungen.
- (2) ¹Die Wahl wird durch den Wahlleiter oder die Wahlleiterin vorbereitet, durchgeführt und geleitet. ²Wahlleiter oder Wahlleiterin ist der Kanzler oder die Kanzlerin oder eine von ihm oder ihr damit beauftragte Person.

§ 6

Öffentliche Ausschreibung

¹Die Stelle des Präsidenten wird von dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin mit einer Bewerbungsfrist von mindestens fünf Wochen öffentlich ausgeschrieben. ²Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin teilt den Vorsitzenden des Senats und des Hochschulrats, den Dekanen und den Dekaninnen sowie den Mitgliedern des Hochschulrats die Namen der Bewerber und Bewerberinnen nach Ablauf der Bewerbungsfrist unverzüglich mit.

§ 7

Wahlvorschläge

- (1) ¹Die Mitglieder des Hochschulrats sowie die Dekane oder Dekaninnen unterbreiten von sich aus dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin bis spätestens vier Wochen nach Ablauf der Bewerbungsfrist eigene Vorschläge auf der Grundlage des Ergebnisses der Stellenausschreibung. ²Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin leitet diese umgehend an die vorsitzenden Personen des Senats und des Hochschulrats weiter, die über die Berücksichtigung im Wahlvorschlag entscheiden.

- (2) Für die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin unterbreiten die vorsitzenden Personen des Senats und des Hochschulrats aus der Zahl der fristgemäß eingegangenen Bewerbungen spätestens sechs Wochen nach Ablauf der Bewerbungsfrist einen gemeinsamen Wahlvorschlag, der einen oder mehrere Namen enthalten kann. Die Namen mehrerer Kandidaten und Kandidatinnen sind in alphabetischer Reihenfolge aufzuführen.
- (3) Der Wahlvorschlag ist dem Wahlleiter unverzüglich schriftlich zuzuleiten.

§ 8

Wahltag und Vorstellung der Kandidaten und Kandidatinnen

- (1) ¹Frühestens drei, jedoch spätestens fünf Wochen nach Zuleitung des Wahlvorschlags an den Wahlleiter oder der Wahlleiterin gemäß § 7 Abs. 3 findet die Wahl in dem Semester statt, in dem die Amtszeit des amtierenden Präsidenten oder der amtierenden Präsidentin endet. ²Den Wahltag bestimmt der Wahlleiter oder die Wahlleiterin.
- (2) ¹In den dem Wahltag vorausgehenden zwei Wochen ist eine Sitzung des Hochschulrats einzuberufen, in der den Kandidaten und Kandidatinnen Gelegenheit gegeben wird, sich dem Hochschulrat vorzustellen. ²In der Ladung zu dieser Sitzung sind die Namen dieser Personen in alphabetischer Reihenfolge mit einer Aufstellung bekannt zu geben, aus der der jeweilige berufliche Werdegang ersichtlich ist.
- (3) Die Termine von Abs. 1 und 2 dürfen nicht in die vorlesungsfreien Zeiten fallen.

§ 9

Durchführung der Wahl

- (1) ¹Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin lädt die Mitglieder des Hochschulrats spätestens zwei Wochen vor der Wahl schriftlich zur Wahl ein. ²Die Einladung muss die Namen der zur Wahl stehenden Kandidaten und Kandidatinnen in alphabetischer Reihenfolge enthalten.
- (2) ¹Jedes stimmberechtigte Mitglied des Hochschulrats hat eine Stimme; Stimmrechtsübertragungen sind nach Maßgabe des § 70 zulässig. ²Gewählt wird ohne Aussprache in geheimer Abstimmung mit amtlichen Stimmzetteln.
- (3) ¹Vor Empfang des Stimmzettels haben sich die Wahlberechtigten auf Verlangen des Wahlleiters oder der Wahlleiterin auszuweisen. ²Schriftliche Nachweise der Stimmrechtsübertragungen sind dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin zum Verbleib bei den Akten zu übergeben. ³Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin stellt die Namen im Mitgliederverzeichnis des Hochschulrats fest und vermerkt darin die Stimmabgabe.
- (4) Nachdem der Wahlleiter oder die Wahlleiterin die Wahlhandlung für abgeschlossen erklärt hat, erfolgt die Auszählung der abgegebenen Stimmen.
- (5) ¹Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn
 1. er nicht gekennzeichnet ist,
 2. er nicht als amtlich erkennbar ist,

3. aus seiner Kennzeichnung der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei hervorgeht,
 4. in ihm eine Person benannt ist, die nicht zur Wahl steht oder
 5. er außer der Bezeichnung des Gewählten noch Zusätze enthält.
- ²In Zweifelsfällen entscheidet der Wahlleiter oder die Wahlleiterin über die Gültigkeit.

§ 10 Wahlergebnis

- (1) Als Präsident oder Präsidentin ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen des Hochschulrats auf sich vereinigt.
- (2) ¹Stehen mehr als zwei Kandidaten oder Kandidatinnen zur Wahl, so findet nach einem vergeblichen ersten Wahlgang ein zweiter Wahlgang statt. ²In diesem stehen nur noch die beiden Kandidaten oder Kandidatinnen mit den im ersten Wahlgang erreichten höchsten Zahlen der abgegebenen Stimmen zur Wahl. ³Ist wegen Stimmengleichheit unklar, wer den zweiten Wahlgang erreicht, so entscheidet darüber eine Stichwahl zwischen den stimmengleichen Kandidaten oder Kandidatinnen. ⁴Bei nochmaliger Stimmengleichheit entscheidet das Los.
- (3) ¹Erreicht in einem Wahlgang, in dem weniger als drei Kandidaten oder Kandidatinnen zur Wahl stehen, keiner oder keine mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen, so findet eine Woche später ein erneuter Wahlgang statt. ²Bleibt auch dieser erfolglos, so ist die Wahl nicht zustande gekommen. ³Es ist ein neues Wahlverfahren durchzuführen.
- (4) ¹Kandidiert nur ein Bewerber oder eine Bewerberin für das Amt des Präsidenten oder der Präsidentin, so ist er oder sie gewählt, wenn die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen die Zahl der abgegebenen Nein-Stimmen übersteigt. ²Im Übrigen gilt Abs. 3 entsprechend.
- (5) ¹Das Wahlergebnis wird vom Wahlleiter oder der Wahlleiterin unverzüglich verkündet. ²Er teilt dem Gewählten oder der Gewählten die Wahl mit und fordert ihn oder sie auf, binnen einer Woche zu erklären, ob er oder sie die Wahl annimmt. ³Gibt der Gewählte oder die Gewählte innerhalb dieser Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als nicht angenommen; auf diese Bestimmung ist in der Mitteilung hinzuweisen.
- (6) Nimmt der Gewählte oder die Gewählte die Wahl an, so schlägt ihn oder sie die Hochschule dem zuständigen Staatsminister oder der zuständigen Staatsministerin unter Beifügung einer Ausfertigung des Wahlprotokolls zur Bestellung vor.

§ 11 Wahlprotokoll

Über die Sitzung des Hochschulrats einschließlich der Wahlhandlung ist ein Protokoll zu führen.

§ 12 Wahlprüfung

- (1) Jeder oder jede Wahlberechtigte und Vorgeschlagene kann binnen einer Ausschlussfrist von einer Woche nach dem Tag der Verkündung des Wahlergebnisses die Wahl unter Angabe von Gründen durch schriftliche, gegenüber dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin abzugebende Erklärung anfechten.
- (2) Eine Wahlanfechtung ist nur begründet, wenn wesentliche Vorschriften über das Wahlverfahren verletzt worden sind und diese Verletzung zu einem anderen Wahlergebnis geführt hat oder hätte führen können.
- (3) ¹Über eine Wahlanfechtung entscheidet der Wahlleiter oder die Wahlleiterin. ²Die Entscheidung ist schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und dem Antragsteller oder der Antragstellerin sowie dem Gewählten oder der Gewählten zuzustellen. ³Ist die Wahlanfechtung begründet, so hat der Wahlleiter oder die Wahlleiterin die Wahl für ungültig zu erklären und eine Wiederholungswahl durchzuführen.

§ 13 Wahl der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen

- (1) ¹Spätestens zwei Wochen nach Beginn des Semesters, in dem die Wahl stattfindet, teilt der Präsident oder die Präsidentin seinen oder ihren Wahlvorschlag für das jeweils zu besetzende Amt eines Vizepräsidenten oder einer Vizepräsidentin dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin schriftlich mit. ²Der Präsident oder die Präsidentin wird den jeweiligen Kandidaten oder die jeweilige Kandidatin für das Amt des Leiters oder der Leiterin der Staatlichen Forschungsanstalt für Gartenbau Weihenstephan für eines der Vizepräsidentenämter vorschlagen.
- (2) Vorgeschlagene Personen können nur zur Wahl gestellt werden, wenn sie ihre Bereitschaft zur Kandidatur schriftlich erklärt haben.
- (3) Frühestens drei, spätestens jedoch fünf Wochen nach Mitteilung des Wahlvorschlags gemäß Abs. 1 findet die Wahl in dem Semester statt, in dem die Amtszeit des jeweiligen amtierenden Vizepräsidenten oder der jeweils amtierenden Vizepräsidentin endet.
- (4) ¹Die Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen werden in getrennten Wahlgängen gewählt. ²Dies gilt auch dann, wenn die Wahl an einem Tag stattfindet.
- (5) ¹§ 8 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3 sowie §§ 9 bis 12 gelten im Übrigen entsprechend. ²Die Bestellung des Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentin erfolgt durch den Präsidenten oder der Präsidentin.

§ 14 Abwahl der gewählten Mitglieder der Hochschulleitung

- (1) Der Präsident oder die Präsidentin und die Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen können mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des

Hochschulrats aus wichtigem Grund in einer geheimen Abstimmung abgewählt werden.

- (2) Auf Antrag von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Hochschulrats beruft dessen Vorsitzender oder Vorsitzende hierzu eine Sitzung ein.
- (3) Die Abstimmung über die Abwahl erfolgt unmittelbar nach der Aussprache über den entsprechenden Antrag.
- (4) Scheidet der Präsident oder die Präsidentin oder ein Vizepräsident oder eine Vizepräsidentin aufgrund des Abstimmungsergebnisses aus seinem Amt aus, gilt § 3 entsprechend.

3. Kapitel: Erweiterte Hochschulleitung

§15 Zusammensetzung der Erweiterten Hochschulleitung

Der Erweiterten Hochschulleitung gehören an:

1. die stimmberechtigten Mitglieder der Hochschulleitung,
2. die Dekane und Dekaninnen und
3. die Frauenbeauftragte der Hochschule.

II. Abschnitt: Senat und Hochschulrat

1. Kapitel: Senat

§16 Zusammensetzung des Senats

- (1) Dem Senat gehören an:
 1. fünf Vertreter oder Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen,
 2. ein Vertreter oder eine Vertreterin der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
 3. ein Vertreter oder eine Vertreterin der sonstigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
 4. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Studierenden und
 5. die Frauenbeauftragte der Hochschule.
- (2) Die Mitglieder der Hochschulleitung wirken in den Sitzungen des Senats mit beratender Stimme mit.

§ 17

Wahl des oder der Vorsitzenden des Senats

- (1) ¹Der Senat wählt in seiner konstituierenden Sitzung aus der Mitte seiner stimmberechtigten Mitglieder eine vorsitzende Person sowie einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin. ²Jedes stimmberechtigte Mitglied des Senats kann in der konstituierenden Sitzung einen Wahlvorschlag jeweils für die vorsitzende Person und den Stellvertreter oder die Stellvertreterin abgeben. ³Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung, jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme. ⁴Die vorsitzende Person und der Stellvertreter oder die Stellvertreterin werden in getrennten Wahlgängen gewählt. ⁵Stimmrechtsübertragungen sind nach Maßgabe des § 70 zulässig. ⁶Wiederwahl ist zulässig.
- (2) ¹Zur vorsitzenden Person ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt; § 9 Abs. 5 gilt entsprechend. ²Stehen mehr als zwei Kandidaten oder Kandidatinnen zur Wahl und erreicht niemand im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, so findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten oder Kandidatinnen mit der jeweils höchsten Anzahl an Stimmen statt. ³Wenn nach der Stichwahl Stimmgleichheit besteht, erfolgt eine zweite Stichwahl. ⁴Wenn nach dieser weiterhin Stimmgleichheit besteht, entscheidet das Los. ⁵Der oder die Gewählte hat unverzüglich zu erklären, ob er oder sie die Wahl annimmt. ⁶Ist der oder die Gewählte nicht anwesend, hat die Annahme bis spätestens eine Woche nach der Wahl schriftlich zu erfolgen. ⁷Sätze 1 bis 6 gelten für die Wahl des Stellvertreters oder der Stellvertreterin entsprechend.
- (3) Scheidet die vorsitzende Person oder der Stellvertreter oder die Stellvertreterin vorzeitig aus dem Amt, so ist unverzüglich für den Rest der Amtszeit ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin zu wählen, nicht jedoch während der vorlesungsfreien Zeit.
- (4) ⁴Die konstituierende Sitzung des Senats beruft die bisherige vorsitzende Person ein; dieser oder diese leitet die Sitzung bis eine vorsitzende Person gewählt ist. ²Ist die bisherige vorsitzende Person nicht mehr Mitglied des Senats, beruft der Präsident oder die Präsidentin den Senat ein und leitet die Sitzung bis zur Wahl der vorsitzenden Person.

§ 18

Ausschüsse des Senats

- (1) ¹Der Senat kann nach Maßgabe des Art. 25 Abs. 4 BayHSchG beratende Ausschüsse längstens für die Dauer der Amtsperiode des Senats einsetzen. ²Der Senat entscheidet über die Zusammensetzung der Ausschüsse. ³Die Ausschüsse berichten dem Senat.
- (2) ¹Die Bestellung der Mitglieder der Ausschüsse erfolgt aus dem Kreis der Mitglieder der Hochschule auf Vorschlag der jeweiligen Gruppe durch den Senat. ²In den Ausschüssen sollen die in Art. 25 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 BayHSchG genannten Mitgliedergruppen in dem dort festgelegten Verhältnis vertreten sein; die Frauenbeauftragte der Hochschule ist stimmberechtigtes Mitglied der Ausschüsse. ³Die Bestellung erfolgt für die Dauer einer Amtsperiode der Senatsmitglieder der jeweiligen Gruppe; Wiederbestellung ist zulässig. ⁴Neubestellungen bei vorzeitigem Ausscheiden einzelner Ausschussmitglieder

erfolgen für den Rest der Amtszeit. ⁵Einzelne Mitglieder können vom Senat vorzeitig abberufen werden.

- (3) Die Mitglieder eines Ausschusses wählen aus ihrer Mitte eine vorsitzende Person sowie einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Mitglieder.

2. Kapitel: Hochschulrat

§ 19

Zusammensetzung des Hochschulrats und Amtszeiten

- (1) Dem Hochschulrat gehören neben den gewählten Mitgliedern des Senats acht Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und insbesondere aus Wirtschaft und beruflicher Praxis (nicht hochschulangehörige Mitglieder) an.
- (2) ¹Die Amtszeit der nicht hochschulangehörigen Mitglieder beträgt vier Jahre. ²Eine erneute Bestellung bis zu einer Amtszeit von insgesamt acht Jahren ist zulässig.
- (3) ¹In dem Semester, das dem Beginn einer neuen Amtsperiode vorausgeht, teilt die Hochschulleitung die gemeinsam mit dem zuständigen Staatsministerium erstellten Vorschläge für die Bestellung der nicht hochschulangehörigen Mitglieder des Hochschulrats den amtierenden nicht hochschulangehörigen Mitgliedern dieses Gremiums mit; sie gibt diesen Gelegenheit, binnen einer Frist von zwei Wochen zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen. ²Gleichzeitig leitet die Hochschulleitung die Vorschläge dem Senat mit der Bitte um Bestätigung zu. ³Der Senat darf frühestens nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist und nach Kenntnisnahme von etwaigen nach diesem Satz abgegebenen Stellungnahmen die Bestätigung aussprechen.
- (4) Scheidet ein nicht hochschulangehöriges Mitglied vorzeitig aus dem Amt, so wird unverzüglich für den Rest der Amtszeit des bisherigen Mitglieds ein Nachfolger bestellt; Abs. 3 gilt entsprechend.
- (5) Die nicht hochschulangehörigen Mitglieder des Hochschulrats bleiben auch nach dem Ende ihrer Amtszeit solange im Amt, bis entsprechende Nachfolger bestellt sind.

§ 20

Wahl des oder der Vorsitzenden des Hochschulrats

- (1) ¹Der Hochschulrat wählt in seiner konstituierenden Sitzung aus dem Kreis seiner nicht hochschulangehörigen Mitglieder eine vorsitzende Person. ²Jedes stimmberechtigte Mitglied des Hochschulrats kann in der konstituierenden Sitzung einen Wahlvorschlag für die vorsitzende Person abgeben. ³Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung; jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme. Stimmrechtsübertragungen sind nach Maßgabe des § 70 zulässig. ⁴Wiederwahl ist im Rahmen des § 19 Abs. 2 Satz 2 zulässig.

- (2) ¹Zur vorsitzenden Person ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt; § 9 Abs. 5 gilt entsprechend. ²Stehen mehr als zwei Kandidaten oder Kandidatinnen zur Wahl und erreicht niemand im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, so findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten oder Kandidatinnen mit der jeweils höchsten Anzahl an Stimmen statt. ³Wenn nach der Stichwahl Stimmgleichheit besteht, erfolgt eine zweite Stichwahl. ⁴Wenn nach dieser weiterhin Stimmgleichheit besteht, entscheidet das Los. ⁵Der oder die Gewählte hat unverzüglich zu erklären, ob er die Wahl annimmt. ⁶Ist der oder die Gewählte nicht anwesend, hat die Annahme bis spätestens eine Woche nach der Wahl schriftlich zu erfolgen.
- (3) Scheidet die vorsitzende Person vorzeitig aus dem Amt, so ist unverzüglich für den Rest der Amtszeit ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin zu wählen, nicht jedoch während der vorlesungsfreien Zeit.
- (4) ¹Die konstituierende Sitzung des Hochschulrats beruft die bisherige vorsitzende Person ein; diese leitet die Sitzung bis eine vorsitzende Person gewählt ist. ²Ist die bisherige vorsitzende Person nicht mehr Mitglied des Hochschulrats, beruft die vorsitzende Person des Senats den Hochschulrat ein und leitet die Sitzung bis zur Wahl der vorsitzenden Person.

III. Abschnitt: Fakultäten

1. Kapitel: Dekan oder Dekanin und Prodekan oder Prodekanin

§ 21 Amtszeiten

¹Die Amtszeit des Dekans oder der Dekanin und des Prodekans oder der Prodekanin beträgt acht Semester. ²Die Amtszeit beginnt jeweils am 1. Oktober. ³Wiederwahl ist zulässig. ⁴Die Amtszeit des Dekans oder der Dekanin schließt das Semester, in dem die Wahl stattfindet nicht ein, die Amtszeit des Prodekans oder der Prodekanin schließt das Semester, in dem die Wahl stattfindet ein. ⁵Der Prodekan oder die Prodekanin bleibt bis zur Annahme der Wahl durch den neuen Prodekan oder die neue Prodekanin im Amt.

§ 22 Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt

¹Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt aus wichtigem Grund wird der Nachfolger oder die Nachfolgerin abweichend von § 21 Abs. 1 nur bis zum Ablauf der regulären Amtszeit des vorzeitig ausscheidenden Amtsinhabers oder der vorzeitig ausscheidenden Amtsinhaberin unverzüglich gewählt, nicht jedoch während der vorlesungsfreien Zeit. ²Über das Vorliegen eines wichtigen Grundes entscheidet der Fakultätsrat auf Antrag des Amtsinhabers oder der Amtsinhaberin. ³Die Amtszeit des Nachfolgers oder der Nachfolgerin beginnt in diesem Fall mit der Annahme der Wahl; bis zur Annahme der Wahl bleibt der vorzeitig ausscheidende Amtsinhaber

oder die vorzeitig ausscheidende Amtsinhaberin im Amt. ⁴Für diese Wahlen gelten die §§ 23 bis 28 entsprechend mit der Maßgabe, dass die in §§ 23 Abs. 1, 24 Abs. 2 und 28 Abs. 1 genannten Fristen und Termin nicht zur Anwendung kommen.

§ 23

Wahlleiter oder Wahlleiterin für die Wahl des Dekans oder der Dekanin

- (1) ¹Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl eines Dekans oder einer Dekanin bestellt jeder Fakultätsrat aus der Mitte seiner Mitglieder spätestens vier Wochen nach Beginn des Semesters, in dem die Wahl stattfindet, einen Wahlleiter oder eine Wahlleiterin. ²Dieser oder diese muss der Gruppe der Professoren und Professorinnen angehören. ³Die Tätigkeit als Wahlleiter oder Wahlleiterin ist ehrenamtlich; sie schränkt das aktive und passive Wahlrecht nicht ein.
- (2) Die Wahl des Dekans oder der Dekanin einer neu gebildeten Fakultät wird von dem Präsidenten oder der Präsidentin als Wahlleiter oder Wahlleiterin vorbereitet, durchgeführt und geleitet.

§ 24

Wahltag und Wahlvorschläge

- (1) ¹Die Wahl des Dekans oder der Dekanin findet in dem Semester statt, in dem die Amtszeit des amtierenden Dekans oder der amtierenden Dekanin abläuft, nicht jedoch in der vorlesungsfreien Zeit. ²Die Wahl des Dekans oder der Dekanin einer neu gebildeten Fakultät findet in der konstituierenden Sitzung des Fakultätsrats statt.
- (2) Spätestens sechs Wochen nach Beginn des Semesters, in dem die Amtszeit endet, fordert der Wahlleiter oder die Wahlleiterin die amtierenden Mitglieder des Fakultätsrats auf, Wahlvorschläge einzureichen.
- (3) ¹Jedes Mitglied des Fakultätsrats kann dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin bis spätestens zwei Wochen nach der Aufforderung gemäß Abs. 2 einen Kandidaten oder eine Kandidatin aus dem Kreis der Professoren und Professorinnen der Fakultät mit dessen schriftlichem Einverständnis vorschlagen. ²Nach Ablauf der Vorschlagsfrist macht der Wahlleiter oder die Wahlleiterin unverzüglich die Namen der Kandidaten und Kandidatinnen (Wahlvorschlag) an den amtlichen Anschlagtafeln der Fakultät bekannt.
- (4) ¹Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin übermittelt den Wahlvorschlag unverzüglich nach Ablauf der Frist von Abs. 3 der Hochschulleitung zur Herstellung des Einvernehmens. ²Die Hochschulleitung kann neben der Billigung oder Ablehnung des Wahlvorschlags ihr Einvernehmen auch auf einzelne oder einen Kandidaten oder eine Kandidatin beschränken.
- (5) ¹Erteilt die Hochschulleitung ihr Einvernehmen, so bestimmt der Wahlleiter oder die Wahlleiterin den Wahltag und lädt unverzüglich mit einer Ladungsfrist von mindestens einer Woche zur Wahl ein. ²Kann die Frist nach Abs. 1 Satz 1 wegen des Zeitpunktes der Erteilung des Einvernehmens nicht eingehalten werden, findet die Wahl unverzüglich nach Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters statt. ³Zur Wahl stehen die Kandidaten oder Kandidatinnen, die das Einvernehmen der Hochschulleitung erhalten haben. ⁴Wird das

Einvernehmen zum Wahlvorschlag verweigert, wird umgehend ein neues Verfahren nach Abs. 3 und 4 durchgeführt. ⁵Die in Abs. 2 genannte Frist kommt in diesem Fall nicht zur Anwendung.

§ 25 Durchführung der Wahl

- (1) ¹Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin eröffnet und leitet den Wahlvorgang. ²Jedes Mitglied des Fakultätsrats hat eine Stimme. ³Stimmrechtsübertragungen sind nach Maßgabe des § 70 zulässig. ⁴Gewählt wird in geheimer Wahl ohne Aussprache mit vom Wahlleiter oder der Wahlleiterin vorbereiteten Stimmzetteln.
- (2) ¹Nachdem der Wahlleiter oder die Wahlleiterin die Wahlhandlung für abgeschlossen erklärt hat, erfolgt die Auszählung der Stimmen. ²Für die Ungültigkeit der Stimmzettel gilt § 9 Abs. 5 entsprechend.

§ 26 Wahlergebnis

- (1) ¹Als Dekan oder Dekanin ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen des Fakultätsrats auf sich vereinigt. ²Im Übrigen gilt § 10 Abs. 2 bis 5 sinngemäß; Art. 18 Abs. 1 Satz 3 BayHSchG bleibt unberührt.
- (2) Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin übermittelt das Wahlergebnis dem Präsidenten oder der Präsidentin, der oder die es bekannt macht.

§ 27 Wahlprotokoll und Wahlprüfung

Über die Sitzung des Fakultätsrats einschließlich der Wahlhandlung ist ein Protokoll zu führen. Für die Wahlprüfung gilt § 12 entsprechend.

§ 28 Wahl des Prodekans oder der Prodekanin

- (1) ¹Die Wahl des Prodekans oder der Prodekanin findet in der ersten Fakultätsratssitzung des Semesters statt, das auf das Ende der Amtszeit des amtierenden Prodekans folgt. ²Wird in diesem Semester ausnahmsweise auch der Dekan oder die Dekanin gewählt, findet die Wahl in jedem Fall nach der des Dekans oder der Dekanin statt.
- (2) ¹Vorschlagsberechtigt ist ausschließlich der Dekan oder die Dekanin. ²Vorgeschlagene Personen können nur zur Wahl gestellt werden, wenn sie gegenüber dem Dekan oder der Dekanin ihre Bereitschaft zur Kandidatur schriftlich erklärt haben. ³Zur Wahl steht der oder die von dem Dekan oder der Dekanin ausgewählte Kandidat oder Kandidatin.
- (3) ¹Vor Eintritt in die Wahlhandlung bestellt der Fakultätsrat einen Wahlleiter oder eine Wahlleiterin. ²Auf die Durchführung der Wahl finden die §§ 25 bis 27 entsprechende Anwendung.

§ 29

Abberufung von Dekan oder Dekanin und Prodekan oder Prodekanin

¹Beabsichtigt die Hochschulleitung aus wichtigem Grund den Dekan oder die Dekanin oder den Prodekan oder die Prodekanin oder beide von seinem oder ihrem Amt abzurufen, so beruft im Falle des Dekans oder der Dekanin der amtierende Prodekan oder die amtierende Prodekanin, im Falle des Prodekans oder der Prodekanin der amtierende Dekan oder die amtierende Dekanin sowie im Übrigen das dienstälteste Mitglied aus der Gruppe der Professoren und Professorinnen unverzüglich eine Sitzung des Fakultätsrates ein, die sich mit der Abberufung befasst und gegebenenfalls über die Einlegung eines Widerspruchs entscheidet. ²Dies gilt nicht, wenn der Fakultätsrat die Abberufung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder beantragt.

2. Kapitel:

Studiendekan oder Studiendekanin

§ 30

Amtszeit und Wahlverfahren

- (1) ¹Die Amtszeit des Studiendekans oder der Studiendekanin beträgt sechs Semester. ²Die Amtszeit beginnt jeweils am 1. Oktober. ³Wiederwahl ist zulässig.
- (2) ¹Der Fakultätsrat wählt aus dem Kreis der Professoren und Professorinnen der Fakultät den Studiendekan oder die Studiendekanin. ²Die Wahl findet in dem Semester statt, in dem die Amtszeit des amtierenden Studiendekans oder der amtierenden Studiendekanin abläuft, nicht jedoch während der vorlesungsfreien Zeit. ³Der Dekan oder die Dekanin als Wahlleiter oder Wahlleiterin fordert die Mitglieder des Fakultätsrates spätestens acht Wochen nach Beginn des Semesters, in dem die Amtszeit des bisherigen Studiendekans oder der bisherigen Studiendekanin abläuft, Wahlvorschläge einzureichen. ⁴Im Übrigen gelten für die Wahlen § 24 Abs. 3 Satz 2 sowie §§ 25 bis 27 entsprechend.
- (3) Bei Fakultäten mit mehr als einem Diplom- oder Bachelorstudiengang kann der Fakultätsrat die Wahl weiterer Studiendekane oder Studiendekaninnen vorsehen.

3. Kapitel: Fakultätsräte

§ 31

Zusammensetzung der Fakultätsräte und weitere Rechte der Professoren und Professorinnen der Fakultäten

- (1) Den Fakultätsräten der Fakultäten gehören jeweils an:
1. der Dekan oder die Dekanin,
 2. der Prodekan oder die Prodekanin,
 3. der Studiendekan oder die Studiendekanin sowie etwaige weitere Studiendekane oder Studiendekaninnen,
 4. sechs Vertreter oder Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen,
 5. zwei Vertreter oder Vertreterinnen der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
 6. ein Vertreter oder eine Vertreterin der sonstigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
 7. zwei Vertreter oder Vertreterinnen der Studierenden,
 8. die Frauenbeauftragte der Fakultät.
- (2) ¹Professoren und Professorinnen der Fakultät, die dem Fakultätsrat nicht angehören, sind berechtigt,
1. bei Angelegenheiten, die die Berufung von Professoren betreffen, stimmberechtigt mitzuwirken,
 2. bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung beratend mitzuwirken; die besondere Bedeutung einer Angelegenheit stellt der Fakultätsrat mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder fest.
- ²Zu den Sitzungen mit Gegenständen nach Satz 1 sind auch die dem Fakultätsrat nicht angehörenden Professoren und Professorinnen der Fakultät unter Einhaltung der üblichen Fristen und Angabe der Tagesordnung zu laden.
- (3) Wird während einer laufenden Amtszeit der Vertreter und Vertreterinnen der Gruppe der Professoren und Professorinnen der bestehenden Fakultätsräte eine neue Fakultät gebildet, werden die Gruppenvertreter im Fakultätsrat der neuen Fakultät für den Rest der laufenden Amtszeit der Vertreter und Vertreterinnen der Gruppe der Professoren und Professorinnen der bestehenden Fakultätsräte gewählt.
- (4) Der Fakultätsrat kann für seine Amtszeit beschließen, dass die Professoren und Professorinnen der Fakultät, die dem Fakultätsrat nicht angehören, an dessen Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen können; dies gilt nicht für Prüfungs- und Personalangelegenheiten.

§ 32

Ausschüsse der Fakultätsräte

- (1) ¹Die Fakultätsräte können nach Maßgabe des Art. 31 Abs. 3 BayHSchG beratende Ausschüsse für die jeweilige Fakultät längstens für die Dauer der Amtsperiode der Fakultätsräte einsetzen. ²Die Fakultätsräte entscheiden über die Zusammensetzung der Ausschüsse. Die Ausschüsse berichten den Fakultätsräten.

- (2) ¹Die Bestellung der Mitglieder der Ausschüsse erfolgt grundsätzlich aus dem Kreis der Mitglieder der jeweiligen Fakultät auf Vorschlag der jeweiligen Gruppe durch den Fakultätsrat; es können auch Mitglieder der Hochschule außerhalb der jeweiligen Fakultät bestellt werden. ²In den Ausschüssen sollen die in Art. 31 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 BayHSchG genannten Mitgliedergruppen in dem dort festgelegten Verhältnis vertreten sein; die Frauenbeauftragte der Fakultät ist stimmberechtigtes Mitglied der Ausschüsse. ³Die Bestellung erfolgt für die Dauer einer Amtsperiode der Fakultätsmitglieder der jeweiligen Gruppe; Wiederbestellung ist zulässig. ⁴Neubestellungen bei vorzeitigem Ausscheiden einzelner Ausschussmitglieder erfolgen für den Rest der Amtszeit. ⁵Einzelne Mitglieder können vom Fakultätsrat vorzeitig abberufen werden.
- (3) Die Mitglieder eines Ausschusses wählen aus ihrer Mitte eine vorsitzende Person und einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Mitglieder.
- (4) ¹Für Aufgaben, die ein Zusammenwirken von Fakultäten erfordern, insbesondere fakultätsübergreifende Studienangebote, können die betroffenen Fakultäten auch gemeinsame Ausschüsse einrichten. ²Die Bestellung der Mitglieder erfolgt durch die Fakultätsräte der betroffenen Fakultäten in dem von den Dekanen oder Dekaninnen vereinbarten Sitzverhältnis. ³Bei der Zusammensetzung der Mitglieder der gemeinsamen Ausschüsse sind die Mitgliedergruppen nach Art. 17 Abs. 2 Satz 1 BayHSchG nach der Qualifikation, Funktion, Verantwortung und Betroffenheit der Mitglieder zu berücksichtigen. ⁴Einem gemeinsamen Ausschuss gehören die Frauenbeauftragten der betroffenen Fakultäten mit beratender Stimme an. ⁵Im Übrigen gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.

IV. Abschnitt: Zentrale Einrichtungen

§ 33 Zentrale Einrichtungen

- (1) ¹An der Fachhochschule Weihenstephan bestehen als der Hochschulleitung zugeordnete zentrale Einrichtungen gemäß Art.19 Abs.5 BayHSchG:
1. die Betriebseinheit Bibliothek. ²Sie ist als zentrale Bibliothek organisiert; ihr obliegt insbesondere die Versorgung der Fachhochschule mit Büchern, Zeitschriften, anderen Medien und Informationen unabhängig von der Erscheinungsform einschließlich deren Beschaffung, Erschließung und Verwaltung. ³Die Bibliothek ist außerdem zuständig für die Vermittlung von Informationskompetenz.
 2. die Betriebseinheit Rechenzentrum. ²Die Betriebseinheit Rechenzentrum ist als zentrales Rechenzentrum organisiert; ihm obliegt insbesondere die Planung, Bereitstellung und Unterhaltung der zentralen Datenverarbeitungsinfrastruktur der Fachhochschule sowie die Gewährleistung der erforderlichen Daten- und Ausfallsicherheit.
 3. die Betriebseinheit Sprachenzentrum. ²Ihr obliegt die fakultätsübergreifende Fremdsprachenausbildung der Studierenden der Hochschule unter angemessener Berücksichtigung der Belange der Fakultäten.

- (2) Ergänzende Regelungen zu den Einrichtungen nach Abs. 1 werden durch Beschluss der Hochschulleitung in Ordnungen getroffen.

V. Abschnitt: Frauenbeauftragte der Hochschule und der Fakultäten

1. Kapitel: Frauenbeauftragter oder Frauenbeauftragte der Hochschule

§ 34 Aufgaben und Mitwirkungsrechte

- (1) ¹Der oder die Frauenbeauftragte achtet auf die Vermeidung von Nachteilen für Wissenschaftlerinnen, weibliche Lehrpersonen und Studierende; sie unterstützt die Hochschule in der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. ²Der oder die Frauenbeauftragte gehört der erweiterten Hochschulleitung und dem Senat mit Stimmrecht an. ³Er oder sie nimmt an den Sitzungen des Hochschulrats ohne Stimmrecht teil. ⁴Der oder die Frauenbeauftragte ist in den sonstigen Gremien Mitglied mit beratender Stimme, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.
- (2) Der oder die Frauenbeauftragte berichtet jeweils einmal im Jahr dem Senat über die von ihr gesetzten Ziele und deren Verwirklichung.
- (3) ¹Der oder die Frauenbeauftragte wird bei allen Maßnahmen, die die Erfüllung seiner oder ihrer Aufgaben nach Abs. 1 unmittelbar betreffen, unbeschadet seiner oder ihrer Mitgliedschaft in der erweiterten Hochschulleitung von der Hochschulleitung rechtzeitig hinzugezogen und unterrichtet. ²Ihm oder ihr ist von der Hochschulleitung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 35 Amtszeit und Wahlverfahren

- (1) ¹Die Amtszeit des oder der Frauenbeauftragten beträgt sechs Semester. ²Die Amtszeit beginnt jeweils am 1. Oktober. ³Wiederwahl ist zulässig.
- (2) ¹Der oder die Frauenbeauftragte der Hochschule wird vom Senat aus dem Kreis des an der Hochschule hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in geheimer Wahl gewählt. ²Die Wahl findet in dem Semester statt, in dem die Amtszeit des oder der amtierenden Frauenbeauftragten abläuft, nicht jedoch während der vorlesungsfreien Zeit.
- (3) ¹Wahlvorschläge können von den Mitgliedern des Senats und vom hauptamtlichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal der Hochschule eingereicht werden. ²Wahlvorschläge sind spätestens eine Woche vor dem Wahltermin bei der vorsitzenden Person des Senats zusammen mit einer schriftlichen Einverständniserklärung des oder der Vorgeschlagenen einzureichen.

- (4) ¹Zum oder zur Frauenbeauftragten der Hochschule ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen des Senats auf sich vereinigt. ²Stehen mehr als zwei Kandidaten oder Kandidatinnen zur Wahl und erreicht niemand im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, so findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten oder Kandidatinnen mit der jeweils höchsten Anzahl an Stimmen statt. ³Wenn nach der Stichwahl Stimmgleichheit besteht, erfolgt eine zweite Stichwahl. ⁴Wenn nach dieser weiterhin Stimmgleichheit besteht, entscheidet das Los. ⁵Der oder die Gewählte hat unverzüglich zu erklären, ob er oder sie die Wahl annimmt. ⁶Ist der oder die Gewählte nicht anwesend, hat die Annahme bis spätestens eine Woche nach der Wahl schriftlich zu erfolgen.
- (5) ¹Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt aus wichtigem Grund wird der Nachfolger oder die Nachfolgerin abweichend von Abs. 1 nur bis zum Ablauf der regulären Amtszeit des oder der vorzeitig ausscheidenden Amtsinhabers oder Amtsinhaberin gewählt. ²Über das Vorliegen eines wichtigen Grundes entscheidet der Senat auf Antrag des Amtsinhabers oder der Amtsinhaberin. ³Die Amtszeit des Nachfolgers oder der Nachfolgerin beginnt in diesem Fall mit der Annahme der Wahl; bis zur Annahme der Wahl bleibt der oder die vorzeitig ausscheidende Amtsinhaber oder Amtsinhaberin im Amt.

§ 36

Stellvertretender Frauenbeauftragter oder stellvertretende Frauenbeauftragte

- (1) ¹Für den Frauenbeauftragten oder die Frauenbeauftragte der Hochschule wird ein stellvertretender Frauenbeauftragter oder eine stellvertretende Frauenbeauftragte gewählt. ²Dieser oder diese soll nicht aus der Abteilung der Hochschule stammen, aus der der oder die Frauenbeauftragte stammt.
- (2) ¹Die Wahl findet jeweils unmittelbar nach der Wahl des oder der Frauenbeauftragten statt, soweit nicht eine Wahl aufgrund vorzeitigen Ausscheidens des Amtsinhabers oder der Amtsinhaberin stattfinden muss. ²Für das Wahlverfahren gilt § 35 entsprechend.

2. Kapitel: Frauenbeauftragte der Fakultäten

§ 37

Aufgaben und Mitwirkungsrechte

- (1) ¹Die Frauenbeauftragten der Fakultäten achten auf die Vermeidung von Nachteilen für Wissenschaftlerinnen, weibliche Lehrpersonen und Studierende in der Fakultät; sie unterstützen die Fakultät in der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. ²Sie gehören dem Fakultätsrat und den Berufungsausschüssen mit vollem Stimmrecht an.
- (2) Die Frauenbeauftragten berichten jeweils einmal im Jahr dem jeweiligen Fakultätsrat über die von ihnen gesetzten Ziele und deren Verwirklichung.

§ 38 Amtszeit und Wahlverfahren

- (1) ¹Die Amtszeit der Frauenbeauftragten beträgt sechs Semester. ²Die Amtszeit beginnt jeweils am 1. Oktober. ³Wiederwahl ist zulässig.
- (2) ¹Die Frauenbeauftragten der Fakultäten werden vom Fakultätsrat aus dem Kreis des an der Hochschule hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in geheimer Wahl gewählt. ²Die Wahl findet in dem Semester statt, in dem die Amtszeit des oder der amtierenden Frauenbeauftragten abläuft, nicht jedoch während der vorlesungsfreien Zeit.
- (3) ¹Die Mitglieder der Fakultät haben spätestens eine Woche vor dem Wahltermin Wahlvorschläge bei dem Dekan oder der Dekanin zusammen mit einer schriftlichen Einverständniserklärung der Vorgeschlagenen einzureichen. ²Im Übrigen gilt § 35 Abs. 4 und 5 entsprechend.

VI. Abschnitt: Weitere Funktionsträger und Kommissionen

1. Kapitel: Beauftragter oder Beauftragte für Studierende mit Behinderung

§ 39 Aufgaben und Mitwirkungsrechte

- (1) ¹Der oder die Behindertenbeauftragte vertritt die Belange der behinderten Studierenden an der Hochschule. ²In diesem Rahmen obliegen ihm oder ihr insbesondere folgende Aufgaben:
 1. die Beratung und Information behinderter Studierender und Studienbewerber/Studienbewerberinnen über Themenbereiche, die ihre Chancengleichheit an der Hochschule berühren,
 2. die beratende Mitwirkung bei der Behandlung und Entscheidung von Anträgen behinderter Studierender, die die Wahrnehmung ihrer Chancengleichheit zum Inhalt haben,
 3. die Kontaktpflege zu Verbänden, Institutionen und Behörden, zu deren Aufgabe die Verbesserung der Lebensbedingungen behinderter Menschen gehört und die entsprechende Vertretung der Interessen behinderter Studierender bei diesen Einrichtungen sowie
 4. der Aufbau eines hochschulinternen Netzwerks zur Erfassung der Bedürfnisse, Wünsche sowie des Beratungsbedarfs behinderter Studierender und die Koordinierung der Aufgaben mit den Fakultäten.
- (2) Der oder die Behindertenbeauftragte ist zu Beratungsgegenständen von Gremiensitzungen einzuladen, die speziell die Belange behinderter Studierender zum Gegenstand haben; der oder die Behindertenbeauftragte nimmt zu diesen Beratungsgegenständen an der Sitzung mit beratender Stimme teil.

§ 40 Amtszeit und Bestellung

- (1) ¹Die Amtszeit des oder der Behindertenbeauftragten beträgt sechs Semester. ²Die Amtszeit beginnt jeweils am 1. Oktober. ³Wiederbestellung ist zulässig.
- (2) ¹Der oder die Behindertenbeauftragte wird vom Senat aus dem Kreis der Mitglieder der Hochschule nach Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 BayHSchG bestellt. ²Die Bestellung findet in dem Semester statt, in dem die Amtszeit des oder der amtierenden Behindertenbeauftragten abläuft, nicht jedoch während der vorlesungsfreien Zeit.
- (3) ¹Bestellungsvorschläge können von den Mitgliedern des Senats und vom hauptamtlichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal der Hochschule sowie vom Studentischen Konvent eingereicht werden. ²Bestellungsvorschläge sind spätestens eine Woche vor der Senatssitzung, in der die Bestellung erfolgen soll, bei dem Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Senats zusammen mit einer schriftlichen Einverständniserklärung der Vorgeschlagenen einzureichen.
- (4) ¹Der Senat kann einen stellvertretenden Behindertenbeauftragten oder eine stellvertretende Behindertenbeauftragte bestellen; Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend. ²Dieser oder diese soll nicht aus der Abteilung der Hochschule stammen, aus der oder die Behindertenbeauftragte stammt.

2. Kapitel: Studiengangleiter und Studiengangleiterin sowie Projektleiter und Projektleiterin

§ 41 Studiengangleiter oder Studiengangleiterin

- (1) ¹Der Fakultätsrat kann auf Vorschlag des Dekans oder der Dekanin für einzelne Studiengänge der Fakultät einen Studiengangleiter oder eine Studiengangleiterin aus dem Kreis der der Fakultät angehörenden Professoren und Professorinnen bestellen, der oder die Aufgaben des Dekans oder der Dekanin gemäß Absatz 2 übernimmt. ²Der Name der bestellten Person sowie die übertragenen Befugnisse sind der Hochschulleitung vom Dekan oder der Dekanin unverzüglich mitzuteilen.
- (2) Der Studiengangleiter oder die Studiengangleiterin nimmt Aufgaben des Dekans oder der Dekanin wahr, soweit dieser oder diese sie ihm oder ihr zugewiesen hat, insbesondere
 1. trägt er oder sie die Verantwortung für das Budget des Studiengangs, soweit sie ihm oder ihr von dem Dekan oder der Dekanin zugewiesen ist;
 2. führt er oder sie die laufenden Geschäfte des Studiengangs;
 3. vollzieht er oder sie die den Studiengang betreffenden Beschlüsse des Fakultätsrats.
- (3) ¹Die Amtszeit des Studiengangleiters oder der Studiengangleiterin bestimmt der Fakultätsrat, längstens jedoch bis zum Ende der Amtszeit des Dekans oder der Dekanin. ²Der Studiengangsleiter oder die Studiengangleiterin können auf

Vorschlag des Dekans oder der Dekanin vom Fakultätsrat jederzeit abberufen werden.

§ 42 Projektleiter oder Projektleiterin

- (1) ¹Für anwendungsbezogene Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die auf Grund öffentlicher Förderung oder vertraglicher Vereinbarungen der Hochschule auch mit Drittmitteln durchgeführt werden, ernennt die Hochschulleitung für die Laufzeit des Projekts einen Projektleiter oder eine Projektleiterin aus dem Kreis der Professoren oder Professorinnen, der Lehrkräfte für besondere Aufgaben sowie der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen. ²Dieser oder diese hat die Befugnis und die Verpflichtung, das Budget des Projekts zu verwalten. ³Er oder sie ist der Hochschulleitung unmittelbar für die Einhaltung des Projektplanes verantwortlich.
- (2) ¹Der Projektleiter oder die Projektleiterin wird durch den Dekan oder die Dekanin der Fakultät vertreten, der der Projektleiter oder die Projektleiterin angehört. ²Der Dekan oder die Dekanin kann die Vertretung auf einen anderen Professor oder eine andere Professorin übertragen.

3. Kapitel: Kommissionen

§ 43 Einrichtung und Aufgaben

- (1) ¹Die Hochschulleitung, die erweiterte Hochschulleitung, der Hochschulrat, der Senat und die Fakultätsräte können zur Unterstützung der Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben Kommissionen einrichten. ²Bei der Auswahl der Kommissionsmitglieder sollen nach Möglichkeit und Betroffenheit alle Mitgliedsgruppen der Hochschule berücksichtigt werden; es können auch Sachverständige außerhalb der Hochschule hinzugezogen werden. ³Die Frauenbeauftragte der Hochschule ist berechtigt, an den Sitzungen der Kommissionen mit beratender Stimme teilzunehmen; sie ist zu allen Kommissionssitzungen einzuladen. ⁴Die Kommissionen haben beratende Funktion für das sie einsetzende Gremium, insbesondere haben sie eine Sachverständigenfunktion.
- (2) Die Mitglieder einer Kommission wählen aus ihrer Mitte eine vorsitzende Person und einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Mitglieder.

**VII. Abschnitt:
Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal
sowie nebenberuflich wissenschaftlich und künstlerisch Tätige**

**1. Kapitel:
Professoren und Professorinnen**

**§ 44
Einleitung des Berufungsverfahrens und Stellenausschreibungen**

- (1) ¹Vor Einleitung eines Berufungsverfahrens prüft und entscheidet die Hochschulleitung, ob und gegebenenfalls in welcher fachlichen Ausrichtung die freie Stelle für einen Professor oder eine Professorin wiederbesetzt werden soll. ²Die betroffenen Fakultätsräte werden von der Hochschulleitung vor der Entscheidung gehört. ³Die nicht hochschulangehörigen Mitglieder des Hochschulrats hört die Hochschulleitung vor der Entscheidung zur fachlichen Ausrichtung der Professur.
- (2) Für jedes Berufungsverfahren bestellt die Hochschulleitung einen Professor oder eine Professorin, der oder die nicht Mitglied des Berufungsausschusses sein darf, als Berichterstatter oder Berichterstatterin.
- (3) Die Stellenausschreibungen im Einzelnen richten sich nach Art. 18 Abs. 3 BayHSchPG.
- (4) Der Dekan oder die Dekanin fordert die nicht dem Fakultätsrat angehörenden Professoren und Professorinnen auf, ihm oder ihr innerhalb der vom Dekan oder der Dekanin bestimmten angemessenen Frist durch schriftliche Erklärung mitzuteilen, ob sie das ihnen gemäß § 31 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 zustehende Stimmrecht ausüben wollen.

**§ 45
Berufungsausschuss**

- (1) ¹Zur Vorbereitung von Berufungsvorschlägen werden Berufungsausschüsse von den Fakultätsräten im Einvernehmen mit der Hochschulleitung eingesetzt. ²Der jeweilige Berufungsausschuss muss spätestens bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist der Ausschreibung der Stelle, für die er eingesetzt werden soll, gebildet sein. ³Stellt die Hochschulleitung fest, dass die zu besetzende Stelle mehrere Fakultäten betrifft, ist der für die Bildung des Berufungsausschusses zuständige Fakultätsrat verpflichtet, dies bei der Besetzung des Berufungsausschusses angemessen zu berücksichtigen.
- (2) ¹Unmittelbar nach Beschlussfassung über die Bildung eines Berufungsausschusses durch den Fakultätsrat übermittelt der Dekan oder die Dekanin die Zusammensetzung des Berufungsausschusses der Hochschulleitung mit der Bitte um Herstellung des Einvernehmens. ²Wird das Einvernehmen nicht erteilt, hat der Fakultätsrat unter Berücksichtigung der Auffassung der Hochschulleitung nochmals über die Zusammensetzung des Berufungsausschusses

ses zu befinden. ³Wird eine Einigung zwischen Hochschulleitung und Fakultätsrat nicht erzielt, wird ein neues Berufungsverfahren durchgeführt.

- (3) ¹Der Berufungsausschuss ist so zu besetzen, dass die ihm angehörenden Professoren und Professorinnen über die Mehrheit der Stimmen verfügen. ²Die Professoren und Professorinnen können verschiedenen Fakultäten der Hochschule angehören; Abs. 1 Satz 3 bleibt unberührt. ³In jeden Berufungsausschuss soll ein auswärtiger Professor oder eine auswärtige Professorin als Mitglied berufen werden. ⁴Beabsichtigt der Fakultätsrat von der Bestellung eines auswärtigen Professors oder einer auswärtigen Professorin aus wichtigem Grund abzusehen, so ist dies bei der Herstellung des Einvernehmens der Hochschulleitung besonders zu begründen. ⁵Neben den Professoren gehören dem Berufungsausschuss als weitere stimmberechtigte Mitglieder ein Vertreter der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter, ein Vertreter der Studierenden sowie die Frauenbeauftragte der jeweiligen Fakultät an, in der das Berufungsverfahren durchgeführt wird. ⁶Der Vertreter der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter sowie der Studierenden wird aus dem Kreis der dem Fakultätsrat angehörenden Vertreter dieser Mitgliedsgruppen vom Fakultätsrat bestellt.
- (4) ¹Mit der Einsetzung eines Berufungsausschusses bestimmt der Fakultätsrat eine vorsitzende Person sowie einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin. ²Die vorsitzende Person und der Stellvertreter oder die Stellvertreterin müssen Professoren oder Professorinnen sein. ³Ist der Dekan oder die Dekanin nicht Berichterstatter oder Berichterstatterin der Hochschulleitung und gehört er oder sie auch nicht dem Berufungsausschuss an, ist er oder sie zu den Sitzungen des Berufungsausschusses zu laden, an denen er oder sie mit beratender Stimmen teilnimmt.

§ 46

Aufstellung des Berufungsvorschlages

- (1) ¹Der Präsident oder die Präsidentin leitet alle Bewerbungen und Bewerbungsunterlagen für die Stelle eines Professors oder einer Professorin unverzüglich nach Ablauf der Bewerbungsfrist der vorsitzenden Person des zuständigen Berufungsausschusses zu. ²Die Hochschulleitung kann für die Vorlage des Berufungsvorschlages durch den Berufungsausschuss einen Termin bestimmen.
- (2) ¹Der Berufungsausschuss prüft zunächst, ob die Bewerber und Bewerberinnen insbesondere die Voraussetzungen des Art. 7 Abs. 3 BayHSchPG erfüllen. ²Nach Abschluss der Probelehrveranstaltungen gemäß § 47 stellt der Berufungsausschuss einen Berufungsvorschlag auf. ³In diesem ist eingehend und vergleichend die fachliche, persönliche und pädagogische Eignung der Bewerber zu würdigen und die gewählte Reihenfolge der Bewerber zu begründen.
- (3) Die Mitglieder des Senats und die Professoren der jeweils betroffenen Fakultät können nach Eingang der Bewerbungsunterlagen bei der Fakultät diese beim Vorsitzenden des Berufungsausschusses einsehen; auf die Verschwiegenheitspflicht (Art. 18 Abs. 3 BayHSchG) ist hinzuweisen.
- (4) ¹Die vorsitzende Person des Berufungsausschusses übermittelt den Berufungsvorschlag mit allen Unterlagen einschließlich etwaiger Sondervoten nach

§ 49 Abs. 1 Satz 1 dem Präsidenten oder der Präsidentin. ²Auch die Bewerbungsunterlagen der abgelehnten Bewerber und Bewerberinnen sind beizufügen.

- (5) ¹Der Präsident oder die Präsidentin leitet den vom Berufungsausschuss beschlossenen Berufungsvorschlag dem oder der Vorsitzenden des Senats mit der Bitte um Stellungnahme des Senats zu. ²Der Senat ist im Rahmen seiner Beratungen berechtigt, die vorsitzende Person des Berufungsausschusses anzuhören. ³Der Senat kann in seiner Stellungnahme eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen abgeben, an die die Hochschulleitung nicht gebunden ist.
- (6) ¹Die vorsitzende Person des Senats übermittelt der Hochschulleitung die Stellungnahme nach Abs. 5. ²Die Hochschulleitung beschließt unter Würdigung der Stellungnahme den Berufungsvorschlag. ³Beabsichtigt sie dabei, von dem Berufungsvorschlag des Berufungsausschusses abzuweichen, so ist dem Berufungsausschuss Gelegenheit zu geben, seinen Vorschlag nochmals unter Würdigung der Auffassung der Hochschulleitung zu überdenken. ⁴Bleibt der Berufungsausschuss bei seiner bisherigen Auffassung oder unterbreitet er einen Vorschlag, der vom Beschluss der Hochschulleitung abweicht und ändert die Hochschulleitung daraufhin ihren Beschluss nicht entsprechend, informiert der Präsident oder die Präsidentin hierüber den Dekan oder die Dekanin, der oder die unverzüglich eine Fakultätsratssitzung einberuft, zu der die Hochschulleitung einzuladen ist. ⁵Die Hochschulleitung erläutert in der Sitzung die von ihr getroffene Entscheidung. ⁶Etwaige Beschlüsse des Fakultätsrats hierzu sind für die Hochschulleitung nicht bindend.
- (7) Lehnt die Hochschulleitung den Berufungsvorschlag in vollem Umfang ab, so ist die Stelle neu auszuschreiben.
- (8) Der Präsident oder die Präsidentin teilt die getroffene Entscheidung nach Abs. 6 Satz 2 oder Abs. 7 umgehend der vorsitzenden Person des Berufungsausschusses und dem Dekan oder der Dekanin der betroffenen Fakultät mit.
- (9) Der Präsident oder die Präsidentin übermittelt den von der Hochschulleitung beschlossenen Berufungsvorschlag unverzüglich dem zuständigen Staatsministerium.
- (10) Berufungsausschuss, Hochschulleitung und Senat haben sicherzustellen, dass bei der Aufstellung des Berufungsvorschlags die Interessen der gesamten Hochschule berücksichtigt werden.

§ 47

Probelehrveranstaltungen

- (1) ¹Einer Beurteilung der pädagogischen Eignung sollen nur Bewerber und Bewerberinnen unterzogen werden, die unter rechtlichen und fachlichen Gesichtspunkten Aussicht haben, auf den endgültigen Berufungsvorschlag gesetzt zu werden. ²Sie werden auf Vorschlag des Berufungsausschusses von dessen vorsitzender Person im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel zu Lehrveranstaltungen mit anschließender fachlicher Diskussion eingeladen (Probelehrveranstaltungen). ³Die Bewerber und Bewerberinnen tragen zu zwei Themen vor, wobei eines vom Berufungsausschuss gestellt, das andere von dem Bewerber oder der Bewerberin frei gewählt wird. ⁴Es können mehrere Lehrveranstaltungen für den gleichen Tag angesetzt werden. ⁵Themen und

Dauer der Lehrveranstaltungen müssen eine gute Grundlage für die Beurteilung der pädagogischen und auch der fachlichen Eignung des Bewerbers oder der Bewerberin bieten. ⁶Den Termin der Lehrveranstaltungen legt die vorsitzende Person des Berufungsausschusses im Benehmen mit den betroffenen Bewerbern und Bewerberinnen fest, wobei ihnen das gestellte Thema in der Regel drei Wochen vorher schriftlich mitgeteilt wird.

- (2) ¹Die Probelehrveranstaltungen sind hochschulöffentlich, sofern die betroffenen Bewerber und Bewerberinnen hierzu schriftlich ihre Einwilligung erteilt haben. ²Zu den Lehrveranstaltungen werden von der vorsitzenden Person des Berufungsausschusses schriftlich eingeladen:
1. die Mitglieder des Berufungsausschusses,
 2. der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Hochschulleitung,
 3. die bestellten Gutachter oder Gutachterinnen,
 4. die Mitglieder des Fakultätsrates sowie die übrigen Professoren und Professorinnen und die Lehrkräfte für besondere Aufgaben der Fakultät,
 5. die Fachschaftsvertretung der Fakultät,
 6. die Hochschulleitung,
 7. die Mitglieder des Senats,
 8. die nicht hochschulangehörigen Mitglieder des Hochschulrats.
- ³Sofern die betroffenen Bewerberinnen und Bewerber der Hochschulöffentlichkeit der Probelehrveranstaltungen zugestimmt haben, werden die Lehrveranstaltungen in der Hochschule bekannt gemacht und alle übrigen Mitglieder der Hochschule von der vorsitzenden Person des Berufungsausschusses eingeladen. ⁴Die Einladung hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass den nach Satz 2 zu ladenden Personen spätestens eine Woche vor Beginn der Lehrveranstaltungen die Einladung zugegangen ist. ⁵Die Mitglieder des Berufungsausschusses sind verpflichtet, der Einladung zu folgen. ⁶In der anschließenden Diskussion können die von der vorsitzenden Person des Berufungsausschusses geladenen Zuhörer Fragen stellen, die sich auf den weiteren Bereich des Vortragsthemas und des vorgesehenen Lehrgebiets beziehen. ⁷Die vorsitzende Person des Berufungsausschusses leitet die Veranstaltung einschließlich der Diskussion.
- (3) ¹Im Anschluss an die Probelehrveranstaltung fordert die vorsitzende Person des Berufungsausschusses den Studiendekan oder die Studiendekanin und die studentischen Vertreter im Fakultätsrat auf, zu den Fähigkeiten und Erfahrungen der Bewerber und Bewerberinnen in der Lehre Stellung zu nehmen. ²Die Stellungnahmen sind dem Berufungsvorschlag beizufügen.

§ 48 Fachgutachten

- (1) ¹Über die Bewerber und Bewerberinnen, die auf die Vorschlagsliste gesetzt werden sollen, sind von dem oder der Vorsitzenden des Berufungsausschusses mindestens zwei Gutachten nach Art. 18 Abs. 4 Satz 5 BayHSchPG von erfahrenen Hochschullehrern oder Hochschullehrerinnen des betreffenden Lehrgebietes an anderen Hochschulen und in geeigneten Fächern von fachlich ausgewiesenen Persönlichkeiten außerhalb des Hochschulbereichs einzuholen. ²Die Gutachter und Gutachterinnen bestimmt der Berufungsausschuss. ³Die Bestimmungen des Art. 41 Abs. 2 BayHSchG über den Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung gelten entsprechend.

- (2) ¹Sofern Gutachter oder Gutachterinnen die fachliche, pädagogische und persönliche Eignung der Bewerber nicht aus eigener Anschauung kennen, werden sie im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel zu den Probelehrveranstaltungen eingeladen. ²Die Gutachter oder Gutachterinnen sind befugt, nach Hinweis auf die Pflicht zur Verschwiegenheit Einblick in alle Bewerbungsunterlagen zu nehmen.

§ 49 Sondervoten

- (1) ¹Sondervoten von Professoren und Professorinnen der Fakultät sowie von stimmberechtigten Mitgliedern des Berufungsausschusses können bis spätestens eine Woche nach der Beschlussfassung des Berufungsausschusses über den Berufungsvorschlag bei der vorsitzenden Person des Berufungsausschusses eingereicht werden, der oder die diese gemäß § 46 Abs. 4 Satz 1 an den Präsidenten oder die Präsidentin weiterleitet. ²Dieser oder diese kann ebenfalls innerhalb einer Frist von einer Woche nach Beschlussfassung der Hochschulleitung über den Berufungsvorschlag ein Sondervotum abgeben. ³Im Fall von Satz 2 informiert der Präsident oder die Präsidentin den Dekan oder die Dekanin, der oder die unverzüglich eine Fakultätsratssitzung einberuft, zu der der Präsident oder die Präsidentin einzuladen ist. ⁴Der Präsident oder die Präsidentin erläutert in dieser Sitzung das von ihm oder ihr abgegebene Sondervotum. ⁵Etwaige hierzu gefasste Beschlüsse des Fakultätsrats sind für die Hochschulleitung nicht bindend.
- (2) Der Präsident oder die Präsidentin legt die fristgerecht eingegangenen Sondervoten zusammen mit dem von der Hochschulleitung beschlossenen Berufungsvorschlag unverzüglich dem zuständigen Staatsministerium vor.

§ 50 Honorarprofessoren und Honorarprofessorinnen

- ¹Den Vorschlag der Hochschule zur Bestellung eines Honorarprofessors oder einer Honorarprofessorin beschließt der Senat auf der Grundlage eines Beschlusses des zuständigen Fakultätsrates. ²Der zuständige Fakultätsrat bestimmt sich nach der fachlichen Zuordnung der Lehrtätigkeiten des oder der Vorschlagenden.

2. Kapitel: Lehrkräfte für besondere Aufgaben

§ 51 Lehrkräfte für besondere Aufgaben

- (1) Stellen für hauptberufliche Lehrkräfte für besondere Aufgaben werden öffentlich und hochschulintern ausgeschrieben.
- (2) ¹Für die Einstellung von Lehrkräften für besondere Aufgaben in den Fakultäten erstellt der Fakultätsrat aus den eingegangenen Bewerbungen eine Vorschlagsliste, in der die gewählte Reihenfolge der Bewerber und Bewerberinnen zu begründen ist. ²Der Vorschlagsliste sind Gutachten des Fakultätsrats zu den einzelnen vorgeschlagenen Bewerbern und Bewerberinnen beizufügen, die eine Würdigung der fachlichen, persönlichen sowie pädagogischen Eignung zu enthalten haben. ³Die fachliche und pädagogische Eignung ist durch eine Probelehrveranstaltung nachzuweisen. ⁴Über die Einstellung auf der Grundlage der Vorschlagsliste des Fakultätsrats entscheidet die Hochschulleitung.
- (3) ¹Für die Einstellung von Lehrkräften für besondere Aufgaben für das Sprachenzentrum erstellt die Hochschulleitung aus den eingegangenen Bewerbungen eine Vorschlagsliste, in der die gewählte Reihenfolge der Bewerber und Bewerberinnen zu begründen ist. ²Der Vorschlagsliste sind Gutachten des Leiters oder der Leiterin des Sprachenzentrums zu den einzelnen vorgeschlagenen Bewerbern und Bewerberinnen beizufügen, die eine Würdigung der fachlichen, persönlichen sowie pädagogischen Eignung zu enthalten haben. ³Die fachliche und pädagogische Eignung ist durch eine Probelehrveranstaltung nachzuweisen. ⁴Für die Besetzung der Position des Leiters oder der Leiterin des Sprachenzentrums bestimmt die Hochschulleitung eine geeignete Person, die die Gutachten nach Satz 2 erstellt und die Probelehrveranstaltungen nach Satz 3 durchführt. ⁵Über die Einstellung entscheidet die Hochschulleitung.

3. Kapitel: Nebenberuflich wissenschaftlich und künstlerisch Tätige

§ 52 Lehrbeauftragte, sonstige nebenberuflich Tätige

¹Lehrbeauftragte und nebenberufliche Lehrkräfte für besondere Aufgaben werden von dem Präsidenten oder der Präsidentin auf Vorschlag des zuständigen Dekans oder der zuständigen Dekanin sowie des Leiters oder der Leiterin des Sprachenzentrums bestellt und abberufen. ²Die Dekane oder Dekaninnen legen die Vorschläge nach Beschlussfassung des jeweiligen Fakultätsrats dem Präsidenten oder der Präsidentin vor; der Leiter oder die Leiterin des Sprachenzentrums legt die Vorschläge direkt dem Präsidenten oder der Präsidentin vor.

VIII. Abschnitt: Studierendenvertreter und Studierendenvertreterinnen und Studierendenvertretung

1. Kapitel: Studentischer Konvent

§ 53 Zusammensetzung und Aufgaben

¹Der studentische Konvent besteht aus dem Vertreter oder der Vertreterin der Studierenden im Senat, den Mitgliedern des Fachschaftenrats sowie weiteren Vertretern und Vertreterinnen der Studierenden, deren Zahl der der Mitglieder des Fachschaftenrats entspricht. ²Der studentischen Konvent führt in Zusammenarbeit mit dem Sprecher- und Sprecherinnenrat die in Art. 52 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 4 BayHSchG näher bezeichneten Aufgaben durch.

§ 54 Wahl des oder der Vorsitzenden und des Stellvertreters oder der Stellvertreterin

- (1) Der studentische Konvent wählt in seiner konstituierenden Sitzung, zu der der Präsident oder die Präsidentin die Mitglieder des studentischen Konvents einlädt, aus seiner Mitte spätestens sechs Wochen nach seiner Wahl in getrennten Wahlgängen die vorsitzende Person sowie einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin.
- (2) ¹Der Präsident oder die Präsidentin leitet die Sitzung und die Wahl, bis die neu gewählte vorsitzende Person des studentischen Konvents die Wahl angenommen hat. ²Der Präsident oder die Präsidentin bestellt einen Protokollführer oder eine Protokollführerin, der oder die über die Wahlen eine Niederschrift führt.
- (3) ¹Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung. ²Der studentische Konvent ist für die Wahl beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. ³Die Mitglieder des studentischen Konvents werden spätestens eine Woche vor der Wahl schriftlich unter Angabe der Tagesordnung von dem Präsidenten oder der Präsidentin geladen.
- (4) ¹Jeder Wahlberechtigte und jede Wahlberechtigte kann zur Wahl der vorsitzenden Person und des Stellvertreters oder der Stellvertreterin je einen Kandidaten oder je eine Kandidatin vorschlagen. ²Die Wahlvorschläge werden in der Sitzung abgegeben.
- (5) ¹Zur Wahl der vorsitzenden Person und des Stellvertreters oder der Stellvertreterin hat jedes Mitglied des Studentischen Konvents je eine Stimme. ²Stimmrechtsübertragungen sind nach Maßgabe des § 70 zulässig.
- (6) ¹Zur vorsitzenden Person des studentischen Konvents und zum Stellvertreter oder zur Stellvertreterin ist gewählt, wer jeweils die Mehrheit der abgegebenen

Stimmen auf sich vereinigt. ²Erreicht im ersten Wahlgang kein Kandidat die erforderliche Mehrheit, so findet in einem zweiten Wahlgang eine Stichwahl unter den beiden Kandidaten oder Kandidatinnen statt, die im ersten Wahlgang die höchste Stimmenzahl erreicht haben. ³Gewählt ist im zweiten Wahlgang, wer die Mehrheit der Stimmen erhält. ⁴Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

- (7) ¹Der Präsident oder die Präsidentin teilt der gewählten vorsitzenden Person unverzüglich das Wahlergebnis mit. ²Der oder die Gewählte hat unverzüglich zu erklären, ob er oder sie die Wahl annimmt. ³Ist der oder die Gewählte nicht anwesend, hat die Annahme bis spätestens eine Woche nach der Wahl schriftlich zu erfolgen. ⁴Die vorsitzende Person, bei ihrer Abwesenheit der der Präsident oder die Präsidentin, teilt dem gewählten Stellvertreter oder der gewählten Stellvertreterin unverzüglich das Wahlergebnis mit; Satz 3 gilt entsprechend.
- (8) ¹Nimmt ein Gewählter oder eine Gewählte die Wahl nicht an oder kommt eine Wahl nicht zustande, so findet unverzüglich, spätestens zwei Wochen nach dem Wahltag eine erneute Wahl statt. ²Abs. 7 gilt entsprechend. ³Kommt auch in der erneuten Wahl eine Wahl nicht zustande, entscheidet das Los.
- (9) ¹Scheidet die vorsitzende Person des studentischen Konvents vorzeitig aus dem Amt, so übernimmt der Stellvertreter oder die Stellvertreterin für die restliche Amtszeit den Vorsitz. ²Für ihn oder sie ist für den Rest der Amtszeit ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin zu wählen.

§ 55 Einberufung

- (1) ¹Der studentische Konvent ist mindestens einmal pro Semester während der Vorlesungszeit von seiner vorsitzenden Person einzuberufen. ²Die vorsitzende Person lädt zu den Sitzungen mindestens drei Werktage vorher ein. ³Sie verständigt die Mitglieder des studentischen Konvents in geeigneter Weise.
- (2) Auf Verlangen von mindestens 25 von Hundert seiner Mitglieder ist der studentische Konvent binnen 14 Tage einzuberufen.

2. Kapitel: Fachschaftenrat

§ 56 Zusammensetzung und Aufgaben

¹Der Fachschaftenrat besteht aus den Vertretern und Vertreterinnen der Studierenden in den Fakultätsräten. ²Die Mitglieder des Fachschaftenrats gehören dem studentischen Konvent an. ³Der Fachschaftenrat hat die Aufgabe, zwei Studierende in den Sprecher- und Sprecherinnenrat zu wählen.

3. Kapitel: Sprecher- und Sprecherinnenrat

§ 57 Zusammensetzung und Aufgaben

¹Der Sprecher- und Sprecherinnenrat besteht aus fünf Personen, von denen zwei vom studentischen Konvent und zwei vom Fachschaftenrat gewählt werden; außerdem gehört ihm der Vertreter oder die Vertreterin der Studierenden im Senat an. ²Der Sprecher- und Sprecherinnenrat führt in Zusammenarbeit mit dem studentischen Konvent die in Art. 52 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 4 BayHSchG näher bezeichneten Aufgaben durch. ³Der Sprecher- und Sprecherinnenrat führt die Beschlüsse des Studentischen Konvents aus. ⁴Soweit sie ihm übertragen wurden, erledigt der Sprecher- und Sprecherinnenrat die laufenden Angelegenheiten selbständig. ⁵Der Sprecher- und Sprecherinnenrat ist verpflichtet, gegenüber dem Studentischen Konvent über seine Tätigkeit, insbesondere über die Verwendung der Haushaltsmittel, zu berichten.

§ 58 Wahl der Mitglieder

- (1) Der studentische Konvent sowie der Fachschaftenrat wählen jeweils aus dem Kreis der an der Fachhochschule Weihenstephan immatrikulierten Studierenden je zwei Mitglieder des Sprecher- und Sprecherinnenrats.
- (2) Die Wahlen finden in der konstituierenden Sitzung des studentischen Konvents unmittelbar nach den Wahlen des oder der Vorsitzenden des studentischen Konvents und seines oder ihres Stellvertreters oder seiner oder ihrer Stellvertreterin in nach den beiden Gremien getrennten Wahlgängen statt.
- (3) ¹Die vorsitzende Person des studentischen Konvents oder im Verhinderungsfall der Stellvertreter oder die Stellvertreterin leitet die Wahlgänge beider Gremien als Wahlleiter oder Wahlleiterin. ²Beide Gremien sind beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. ³Die Tätigkeit als Wahlleiter oder Wahlleiterin schränkt das aktive und passive Wahlrecht nicht ein.
- (4) ¹Jeder und jede Wahlberechtigte kann für einen Wahlgang jeweils nur einen Kandidaten oder eine Kandidatin vorschlagen. ²Die Wahlberechtigten geben die Wahlvorschläge in der Sitzung ab. ³Jeder und jede Wahlberechtigte aus dem Bereich des studentischen Konvents und aus dem Bereich des Fachschaftenrats hat für jedes im jeweiligen Bereich zu wählende Mitglied des Sprecher- und Sprecherinnenrats eine Stimme.
- (6) ¹Gewählt sind im studentischen Konvent und im Fachschaftenrat jeweils die zwei Kandidaten oder Kandidatinnen mit den höchsten Stimmzahlen. ²Unter den Kandidaten oder Kandidatinnen mit gleicher Stimmzahl findet eine Stichwahl statt, die bei wiederum gleicher Stimmzahl wiederholt wird. ³Bei erneuter Stimmgleichheit entscheidet das Los.
- (7) ¹Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin teilen den Gewählten unverzüglich das Wahlergebnis mit. ²Der Gewählte oder die Gewählte hat unverzüglich zu erklären, ob er oder sie die Wahl annimmt. ³Ist der oder die Gewählte nicht an-

wesend, hat die Annahme bis spätestens eine Woche nach der Wahl schriftlich gegenüber dem oder der Vorsitzenden des studentischen Konvents zu erfolgen. ⁴Nimmt ein Gewählter oder eine Gewählte die Wahl nicht an, so findet unverzüglich, spätestens zwei Wochen nach dem Wahltag eine erneute Wahl statt.

- (8) ¹Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus dem Amt, so wird eine Neuwahl für den Rest der Amtszeit durchgeführt. ²Die Absätze 1 bis 7 gelten sinngemäß mit der Maßgabe, dass eine Neuwahl nur in dem Gremium stattfindet, das das ausscheidende Mitglied gewählt hat.

§ 59

Wahl des oder der Vorsitzenden und des Stellvertreters oder der Stellvertreterin

- (1) ¹Der studentische Konvent wählt unmittelbar nach den Wahlen der Mitglieder des Sprecher- und Sprecherinnenrats aus deren Mitte dessen vorsitzende Person und einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin. ²Wahlleiter oder Wahlleiterin ist die vorsitzende Person des studentischen Konvents. ³Die Tätigkeit als Wahlleiter oder Wahlleiterin schränkt das aktive und - soweit gegeben - passive Wahlrecht nicht ein.
- (2) ¹Der oder die Wahlleiterin bestellt einen Protokollführer oder eine Protokollführerin, der oder die über die Wahlen eine Niederschrift führt. ²Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung. ³§ 54 Abs. 4 bis 9 gelten entsprechend.

§ 60

Einberufung

- (1) ¹Der Sprecher- und Sprecherinnenrat ist mindestens einmal im Semester während der Vorlesungszeit von dem Vorsitzenden oder der Vorsitzenden einzuberufen, der oder die mindestens drei Werktage vorher einlädt. ²Er oder sie verständigt die Mitglieder der Fachschaftsvertretung in geeigneter Weise.
- (2) Auf Verlangen von mindestens 25 von Hundert seiner Mitglieder ist der Sprecher- und Sprecherinnenrat binnen 14 Tage einzuberufen.

4. Kapitel: Fachschaftsvertretung

§ 61

Zusammensetzung und Aufgaben

¹Die Fachschaftsvertretungen der Fakultäten bestehen jeweils aus sieben Personen. Sie setzen sich aus den Vertretern oder Vertreterinnen der Studierenden im Fakultätsrat und weiteren Studierenden in der erforderlichen Anzahl, auf die bei der Wahl zu den Fakultätsräten weitere Sitze entfallen würden. ²Die Fachschaftsvertretungen haben die in Art. 52 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 4 BayHSchG näher bezeichneten Aufgaben fakultätsbezogen wahrzunehmen.

§ 62
Fachschaftssprecher oder Fachschaftssprecherin und
Stellvertreter oder Stellvertreterin

- (1) Fachschaftssprecher oder Fachschaftssprecherin ist der Vertreter oder die Vertreterin der Studierenden im Fakultätsrat, der oder die bei der Hochschulwahl die meisten Stimmen erhalten hat.
- (2) Die Fachschaftsvertreter bestimmen aus ihrer Mitte mit einfacher Mehrheit einen stellvertretenden Fachschaftssprecher oder eine stellvertretende Fachschaftssprecherin.

§ 63
Einberufung

- (1) ¹Die Fachschaftsvertretung ist mindestens einmal im Semester während der Vorlesungszeit von dem Fachschaftssprecher oder der Fachschaftssprecherin einzuberufen, der oder die mindestens drei Werkzeuge vorher einlädt. ²Er oder sie verständigt die Mitglieder der Fachschaftsvertretung in geeigneter Weise.
- (2) Auf Verlangen von mindestens 25 von Hundert ihrer Mitglieder ist die Fachschaftsvertretung binnen 14 Tage einzuberufen.

IX. Abschnitt:
Gemeinsame Vorschriften über den Geschäftsgang in den
Kollegialorganen und sonstigen Gremien

§ 64
Geltungsbereich

Die nachfolgenden Regelungen gelten für alle Kollegialorgane und sonstigen Gremien, soweit in den sie betreffenden Bestimmungen nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird.

§ 65
Ladung und Ladungsfristen

- (1) ¹Die Gremien werden jeweils durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende einberufen und geleitet; konstituierende Sitzungen von Gremien werden bis zur Wahl eines oder einer Vorsitzenden durch den Präsidenten oder die Präsidentin einberufen und geleitet. ²Die Ladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung und so rechtzeitig zu erfolgen, dass die Mitglieder eine Woche vor Sitzungsbeginn im Besitz von Ladung und Tagesordnung sein können; die Ladung kann per E-Mail erfolgen. ³Für Funktionsträger, die an den Sitzungen ohne Stimmrecht oder mit beratender Stimme teilnehmen, gilt Satz 2 entsprechend. ⁴Auf die Hochschulleitung findet Satz 2 keine Anwendung.
- (2) Ist die Behandlung einer Angelegenheit so dringlich, dass sie keinen Aufschub duldet, so kann der oder die Vorsitzende unter ausdrücklichem Hinweis auf die

Dringlichkeit eine Sitzung unter Beachtung einer Ladungsfrist von drei Werktagen anberaumen.

- (3) Der oder die Vorsitzende hat das Gremium auf Verlangen von mindestens 25 von Hundert seiner Mitglieder innerhalb der Fristen des Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 2 zu einer Sitzung zu laden.
- (4) Die Hochschulleitung ist zu den Sitzungen aller Gremien unter Angabe der Tagesordnung einzuladen; Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 gelten entsprechend.
- (5) Die Hochschulleitung ist berechtigt, die Gremien unter Angabe einer Tagesordnung zu einer gemeinsamen Sitzung einzuberufen; Abs. 1 Sätze 2 und 3 sowie Abs. 2 gelten entsprechend.
- (6) Abs. 4 und 5 gelten nicht für den Hochschulrat.

§ 66

Beschlussfähigkeit

- (1) ¹Der Hochschulrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder sowie die Funktionsträger und Funktionsträgerinnen nach § 65 Abs. 1 Satz 3 ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder jeder Gruppe nach Art. 26 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG anwesend und stimmberechtigt ist. ²Schriftliche Stimmrechtsübertragungen werden nach Maßgabe des § 70 bei der Feststellung von Anwesenheit und Stimmrecht berücksichtigt.
- (2) ¹Die übrigen Gremien sind beschlussfähig, wenn alle Mitglieder sowie die Funktionsträger und Funktionsträgerinnen nach § 65 Abs. 1 Satz 3 ordnungsgemäß geladen und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. ²Schriftliche Stimmrechtsübertragungen werden nach Maßgabe des § 70 bei der Feststellung von Anwesenheit und Stimmrecht berücksichtigt.
- (3) ¹Um eine Beschlussunfähigkeit zu vermeiden, kann die erste Ladung nach § 65 Abs. 1 mit einer zweiten Ladung für den Fall verbunden werden, dass die nach Abs. 1 erforderliche Anzahl von Mitgliedern nicht anwesend ist; in diesem Fall kann das Gremium in einem zeitlichen Mindestabstand von 30 Minuten zu einer zweiten Sitzung zusammentreten, wobei es ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienen Mitglieder beschlussfähig ist. ²In der zweiten Ladung ist auf die Bestimmungen des Satz 1 hinzuweisen.

§ 67

Zustandekommen von Beschlüssen

- (1) ¹Die Gremien beschließen mit der Mehrzahl der abgegebenen Stimmen in Sitzungen; Stimmenthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen. ²Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. ³Bei Prüfungsgremien sind Stimmenthaltungen und die Nichtabgabe der Stimme unzulässig.
- (2) ¹Beschlüsse im Umlaufverfahren sind ausnahmsweise unter der Voraussetzung zulässig, dass eine Angelegenheit aufgrund unerwarteter Dringlichkeit, die keinen Aufschub duldet, entschieden werden muss. ²In diesem Fall gibt der oder die Vorsitzende die zu behandelnde Angelegenheit unter Angabe des

Grundes der Dringlichkeit den Mitgliedern des Gremiums in geeigneter Weise schriftlich bekannt; den Zeitpunkt der Bekanntgabe vermerkt er oder sie in den das Gremium betreffenden Akten. ³Die Bekanntgabe muss einen Stimmzettel enthalten, der als amtlich gekennzeichnet ist und den Gegenstand der Abstimmung so bezeichnet, dass das einzelne Gremienmitglied eine Entscheidung mit „ja“ oder „nein“ ohne weiteres treffen kann. ⁴Der oder die Vorsitzende bestimmt einen Termin, bis zu dem spätestens die ausgefüllten Stimmzettel bei ihm oder ihr eingegangen sein müssen; verspätet eingegangene Stimmzettel werden nicht berücksichtigt. ⁵Die Frist zur Stimmabgabe muss mindestens zehn Tage ab Absendung der Bekanntgabe betragen. ⁶Stimmrechtsübertragungen sind nach Maßgabe des § 70 zulässig. ⁷Ein Beschluss ist zustande gekommen, wenn sich die Mehrheit der Mitglieder fristgerecht an der Abstimmung beteiligt; Abs. 1 gilt entsprechend. ⁸Der oder die Vorsitzende vermerkt das Ergebnis der Abstimmung in den das Gremium betreffenden Akten.

- (3) Für die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin, der Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen, der Dekane oder Dekaninnen, der Prodekane oder Prodekaninnen, der Studiendekane und Studiendekaninnen sowie für die Wahlen zum Frauenbeauftragten oder zur Frauenbeauftragten der Hochschule und zu den Frauenbeauftragten der Fakultäten finden Abs. 1 Satz 1 zweiter Halbsatz, Abs. 2 sowie § 66 Abs. 3 keine Anwendung.

§ 68 Öffentlichkeit

- (1) ¹Die Gremien tagen nicht öffentlich. ²Sie können im Einzelfall für bestimmte Tagesordnungspunkte einer zukünftigen Sitzung die Öffentlichkeit beschließen, soweit unbeschadet des Abs. 3 nicht Personal- oder Prüfungsangelegenheiten behandelt werden oder Rechte Dritter oder sonstige rechtliche Gründe entgegenstehen.
- (2) Beschlüsse nach Abs. 1 Satz 2 werden in geheimer Abstimmung gefasst und bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.
- (3) Sitzungen oder Sitzungsteile, die eine Wahl nach § 67 Abs. 3 oder die Vorstellung von zur Wahl stehenden Kandidaten und Kandidatinnen zum Gegenstand haben, sind öffentlich.

§ 69 Geheime Abstimmung

¹Abstimmungen in Personalangelegenheiten erfolgen geheim, soweit nicht das Gremium in der betreffenden Sitzung einstimmig eine offene Abstimmung beschließt. ²Im Übrigen ist geheim abzustimmen, soweit zwei Drittel der anwesenden Mitglieder dies verlangen. ³Bei Prüfungsgremien ist eine geheime Abstimmung ausgeschlossen.

§ 70 Stimmrechtsübertragung

- (1) ¹Bei Abwesenheit eines Vertreters oder einer Vertreterin einer Mitgliedsgruppe in einem Gremium ist eine schriftliche Stimmrechtsübertragung für einzelne Sitzungen oder Teile von Sitzungen zulässig; die Weiterübertragung eines übertragenen Stimmrechts ist unzulässig. ²Sind mehrere Vertreter oder Vertreterinnen einer Mitgliedsgruppe im Gremium vertreten, so kann das Stimmrecht auf einen anderen Vertreter der gleichen Gruppe übertragen werden; hat eine Gruppe nur einen Vertreter in dem Gremium, kann das Stimmrecht nur auf den gewählten Ersatzvertreter übertragen werden. ³Die Übertragung des Stimmrechts auf einen Vertreter einer anderen Mitgliedsgruppe ist ausgeschlossen. ⁴Im Hochschulrat können die hochschulangehörigen Mitglieder ihr Stimmrecht nicht auf nicht hochschulangehörige Mitglieder übertragen und umgekehrt.
- (2) Sofern einem Mitglied eines Kollegialorgans mehrere Stimmrechte übertragen werden, kann es nur eines von diesen wahrnehmen.
- (3) Abweichend von Abs. 1 sind in der Hochschulleitung, der Erweiterten Hochschulleitung und Prüfungsgremien Stimmrechtsübertragungen nicht zulässig.

§ 71 Geschäftsordnung

¹Der Senat erlässt auf der Grundlage der Bestimmungen des IX. Abschnittes für seinen Bereich eine Geschäftsordnung; die Hochschulleitung, die erweiterte Hochschulleitung, der Hochschulrat und die Fakultätsräte können Geschäftsordnungen erlassen. ²Für Gremien, die über keine eigene Geschäftsordnung verfügen, gilt die Geschäftsordnung des Senats entsprechend.

X. Abschnitt: Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 72 Änderung der Grundordnung

- (1) ¹Vorschläge zur Änderung dieser Grundordnung werden gemäß Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Nr. 7 BayHSchG durch die Hochschulleitung erstellt. ²Diese Vorschläge werden dem Hochschulrat gemäß Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG durch den Präsidenten oder die Präsidentin zur Beschlussfassung zugeleitet.
- (2) Der Hochschulrat beschließt sodann Änderungen dieser Grundordnung gemäß Art. 13, Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG als Satzung.

§ 73 Übergangsbestimmungen

- (1) ¹Die in dieser Grundordnung vorgesehenen Organe und Gremien sind zum 1. Oktober 2007 zu bilden; in diesem Zeitpunkt beginnt die Amtszeit der zu wählenden oder zu bestellenden Organe sowie der Mitglieder der Organe und Gremien. ²Bis zu diesem Zeitpunkt gelten für die Organe und Gremien, die mit Ablauf des 30. September 2007 aufgelöst werden, die am Tag vor Inkrafttreten des Bayerischen Hochschulgesetzes vom 23. Mai 2006 geltenden Vorschriften über deren Zuständigkeiten und Aufgaben sowie die diesbezüglichen Regelungen der Grundordnung der Fachhochschule Weihenstephan weiter.
- (2) ¹Abweichend von § 17 Abs. 4 lädt im Wintersemester 2007/2008 der Präsident oder die Präsidentin die Mitglieder des zum 1. Oktober 2007 neu gebildeten Senats zur konstituierenden Sitzung ein. ²Er oder sie bestimmt Ort und Zeit der konstituierenden Sitzung und sorgt für die Protokollführung. ³Der Präsident oder die Präsidentin leitet die Sitzung, bis die neu gewählte vorsitzende Person des Senats die Wahl angenommen hat.
- (3) ¹Abweichend von § 20 Abs. 4 lädt im Wintersemester 2007/2008 der Präsident oder die Präsidentin die Mitglieder des zum 1. Oktober 2007 neu gebildeten Hochschulrats zur konstituierenden Sitzung ein. ²Er oder sie bestimmt Ort und Zeit der konstituierenden Sitzung und sorgt für die Protokollführung. ³Der Präsident oder die Präsidentin leitet die Sitzung, bis die neu gewählte vorsitzende Person des Hochschulrats die Wahl angenommen hat.
- (4) ¹Die Wahlen der Dekane und Dekaninnen, der Prodekane und Prodekaninnen sowie der Studiendekane und Studiendekaninnen, deren Amtszeit am 1. Oktober 2007 beginnt, finden im Sommersemester 2007 statt.
- (5) ¹Die Amtszeit des oder der zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Grundordnung amtierenden Frauenbeauftragten der Hochschule und die Amtszeiten der zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Grundordnung amtierenden Frauenbeauftragten der Fakultäten enden am 30. September 2007. ²Die Wahlen des oder der Frauenbeauftragten der Hochschule und die Wahlen der Frauenbeauftragten der Fakultäten, deren Amtszeit am 1. Oktober 2007 beginnt, finden im Sommersemester 2007 statt.
- (6) ¹Die Amtszeit des oder der zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Grundordnung amtierenden Behindertenbeauftragten endet am 30. September 2007. Die Bestellung des oder der Behindertenbeauftragten, dessen oder deren Amtszeit am 1. Oktober 2007 beginnt, findet im Sommersemester 2007 statt.
- (7) ¹Die Ausschüsse und Kommissionen, die auf Grund der Art. 29, 30 und 31 BayHSchG in der bis zum 31. Mai 2006 gültigen Fassung an der Hochschule eingerichtet waren, werden mit Ablauf des 30. September 2007 aufgelöst. Neue Ausschüsse und Gremien auf der Grundlage des Bayerischen Hochschulgesetzes in der ab dem 1. Juni 2006 gültigen Fassung und dieser Grundordnung sind ab dem 1. Oktober 2007 zu bilden.

§ 74

Bezeichnung der Fachhochschule Weihenstephan

- (1) Die Fachhochschule Weihenstephan führt die rechtlich gleichermaßen verbindlichen Namen „Fachhochschule Weihenstephan Hochschule für angewandte Wissenschaften“ und „Fachhochschule Weihenstephan“.
- (2) Im englischen Sprachgebrauch wird der Name gemäß Abs. 1 mit „Weihenstephan University of Applied Sciences“ übersetzt.

§ 75

Ehrensator oder Ehrensatorin

Persönlichkeiten, die sich um die Belange der Hochschule besonders verdient gemacht haben, kann auf Vorschlag des Präsidenten oder der Präsidentin durch den Senat die Würde eines Ehrensators oder einer Ehrensatorin verliehen werden.

§ 76

Inkrafttreten

- (1) Diese Grundordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 2007 in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Grundordnung tritt die Grundordnung der Fachhochschule Weihenstephan vom 5. Februar 1999 (KWMBI II S. 513), zuletzt geändert durch die Satzung zur Änderung der Grundordnung der Fachhochschule Weihenstephan vom 5. September 2002 (KWMBI II 2003 S. 1278) außer Kraft.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des erweiterten Senats der Fachhochschule Weihenstephan vom 31. Januar 2007 und 28. März 2007 sowie der Genehmigung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 3. April 2007 Nr. XI/5-H 3311.WE-11/4339.

Freising, 18. April 2007

Prof. Hermann Heiler
Präsident

Die Satzung wurde am 18. April 2007 in der Fachhochschule Weihenstephan niedergelegt. Die Niederlegung wurde am 18. April 2007 durch Anschlag in der Fachhochschule Weihenstephan bekannt gegeben. Tag der Bekanntmachung ist daher der 18. April 2007.